

Protokoll: 1. Vernetzungstreffen gegen die geplante Einführung von Studiengebühren, 26.10.16, 18 Uhr, Belfortstr. 24

Nächstes Treffen: Mittwoch 2.11. 18 Uhr, Belfortstr. 24

1) Vorstellungsrunde

2) Input

Aktueller Stand:

- Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (GRÜNE) kündigt die Einführung von Studiengebühren für nicht-EU-Studis und Zweitstudium an

- nicht-EU-Studis = nicht-EU-Bürger*innen und kein Abschluss in Deutschland

- Gebühren für nicht-EU-Bürger*innen ~ 1500-2000€ (pro Semester)

Für Zweitstudium ~ 650€ (pro Semester)

- Anhebung des Verwaltungskostenbeitrags um 10€ von 60€ auf 70€

Hintergrund:

- von SoSe 2006 bis einschl. SoSe 2012) in Ba-Wü Studiengebühren (500€ pro Semester)

- mit Abschaffung der Studiengebühren (an staatlichen Hochschulen) wurde Verwaltungskostenbeitrag um 50% (von 40 auf 60€ erhöht)

Info: Verwaltungsgebühren kommen nicht als Hilfe für Verwaltung an, sondern fließen in allgemeinen Haushalt des Landes

- Stura (Studierendenrat) hat sich am 11.10. eindeutig gegen die geplanten Studiengebühren geäußert: → **Wie füllen wir diese Position mit Inhalt? Deshalb dieses Treffen.**

3) Sammeln von Argumenten gegen (und für?) die Gebühren

Pro (nicht die Meinung der Anwesenden, sondern um die Argumente zu kennen und zu entkräften):

- fehlende Alternative
- mehr Geld, Verbesserung der Qualität des Studiums
- viele andere Länder haben sehr hohe Gebühren für Ausländer*innen, besonders sie, die hohe globale Rankings haben (wie die renommierten Unis in BW)

nationalistische Argumente:

- Reduzierung der Bildungsauswanderung? Also Studis die nur zum Studieren kommen und dann wieder gehen.
- Ausländische Studis „kosten“ Steuern/Deutschland finanziert Ausland die Bildung

Contra

Bildungsgrundsatz:

- Einschränkung des Grundrechts auf Bildung
- Bildung als öffentliche Aufgabe muss kostenlos für alle sein
- Bildung für alle für eine kritischere Gesellschaft
- Life-Long-Learning wird durch Gebühren für Zweitstudium erschwert

soziale Gerechtigkeit

- machen Bildung noch stärker Einkommensabhängig, verstärkt Bildungsungleichheit, Schere zwischen Arm und Reich bzw. Arbeiter*innen und Bildungselite geht noch weiter auseinander
- unfaire Bildungschancen
- Auswahl von Internationals anhand ökonomischer Faktoren
- verhindert sozialen Aufstieg
- Finanzbelastung für Internationals
- noch stärkere Elitenförderung

Gesamtgesellschaftlich

- könnte Menschen abhalten aus schlechten Situationen (politisch, ökonomisch, soziale) zu migrieren, schränkt dadurch Freiheit und Zugang zur Bildung eindeutig unfair weil nur für nicht-EU-Studierende
- bestärkt rassistische Diskriminierung (Bildungsungerechtigkeit) von Ausländer*innen und verhindert Integration
- **Diskriminierung** aufgrund der Staatsbürger*innenschaft , sozial, ökonomisch

rechtlich (soziale Gerechtigkeit)

- widerspricht Art 3 Abs 1 GG und UN Sozialpakt (vgl. Gutachten von RA Ackelpöhler) → institutioneller Rassismus

contra Nationalismus:

- Fokussierung auf Nationalität kann in einer globalisierten Welt nicht der Weg sein, ist auch nicht nachhaltig
- Anti-Globalization, while German academia is advocating a more international atmosphere

Kritik an aktueller Politik:

- „schwarze Null“ ist ideologischer Quatsch
- Alternative: Steuern für Reiche erhöhen

Standortnachteile/contra Nationalismus

- weniger Austausch in Forschung und Lehre
- makes Uni not appealing to students that might be dedicated and would want to study longer and work in Germany
- has disadvantages für German students who want to study multiple fields and become academics
- durch hohe Kosten wollen weniger Studis in Baden-Württemberg (BW)studieren
- macht BW unattraktiv für Internationals, gleichzeitig prahlen mit Internationalisierungspolitik
- verlieren internationaler Reputation
- führt zu weniger gebildeten ausländischen Ingenieur*innen, Wissenschaftler*innen usw., die Arbeitgeber*innen in BW eigentlich gerne wollen
- Gefährdung von internationalen Studiengängen
- schlechtes Image für BW
- potenzielle ausländische Studis werden nicht kommen, das schadet Pluralität an der Uni

Rechnung geht nicht auf:

- CHE (Centrum für Hochschulentwicklung) lehnt den Vorstoß ab (grundsätzlich aber für Studiengebühren) „Gebühren von einer kleinen Gruppe einzutreiben bedeutet viel Aufwand für wenig Ertrag.“ (CHE-Projektleiter Ulrich Müller)
- kann Löcher im Haushalt gar nicht decken bei gesetzlicher Höchstgrenze von nicht-EU-Studis an Hochschulen von 8% (bei Medizin 5%) (Lohnt es sich eigentlich so viel Arbeit von Angestellten für so wenig Geld aufzuwenden?)
- es fehlen anscheinend 48 Mio Euro, kann nicht durch geplante Studiengebühren gedeckt werden
- innerhalb von drei Jahren nach dem Abschluss lohnt es sich für Deutschland schon , sogar wenn nur 50% bleiben und arbeiten – deswegen besser für Rentensystem, wenn Internationals (ohne Druck von Nebenjob) einen Abschluss bekommen
- reichere nicht-EU-Bürger*innen gehen vermutlich nach dem Studium eher wieder ins Herkunftsland
- „Wollen Sie fähige Studis, die auch mehr motiviert sind, nach dem Studium in D zu arbeiten? Oder nur reiche Studis, die danach schnell zurückkehren?“
- ausländische Studierende die nach Studium in Deutschland bleiben zahlen Steuern die für öffentliche Kasse wichtig sind
- schadet dem Gesundheitssystem, weil Medizinstudierende am schwersten von Gebühren betroffen sind, weil sie keine Zeit für Nebenjobs haben → weniger Ärzt*innen, schwächeres Gesundheitssystem

Nicht Zielführend:

- bei Arbeitsplatzmangel in spezifischen Sektoren ist Neuorientierung durch Zweitstudium begrüßenswert und notwendig und für Wirtschaft/Arbeitsmarkt profitabel

Sonstiges:

- Einfallstor für Gebühren für alle
- ziehen Studium für Betroffene in die Länge
- Problem der begrenzten Visa? Notwendigkeit von Nebenjobs bedeutet, dass ein Abschluss

- inRegelstudienzeit nicht möglich ist
- Widerspruch zum Grünen Parteiprogramm
- unterstützen diese Gelder internationale Studierende? Warum werden diese nicht gefragt, ob sie diese Förderung wollen bzw. ob sie das zahlen wollen?

4) Möglichkeiten des Protests und Widerspruch

Allgemein:

- Umfrage bei internationalen Studis, ob sie dann hier überhaupt noch studieren können
- Studien und Forschung über Folgen
- Alternativen (für die Finanzierung) sammeln
- ein Grundsatzprogramm/Papier schreiben

Öffentlichkeitsarbeit:

- Infokette
- Flyer (in Hörsälen)
- Internetseite
- Petition
- Infoveranstaltungen
- Plakate (in Hörsälen)
- Lobbyarbeit
- Public Statement by AStA against Theresia Bauers suggestion
- Pressearbeit
- Translation of Statement by Bundesverband für ausländische Studierende (ENG, other if possible)
- Abgeordneten watch
- demand a statement from Rektorat against this
- multimediale Aktionen (Erklärungsvideo, Youtube etc.)
- offener Brief

Vernetzung:

- Unterstützung von Lehrenden und Verwaltung holen
- internationale Studiengänge einbeziehen
- Unterstützung von Uni Gremien
- Vernetzung mit Gewerkschaften, Parteien, Unternehmen etc. (wer soll rein?)
- Vernetzung mit anderen Hochschulen
- Persönlichkeiten mit betreffendem Background mobilisieren, die bei diesen Verhältnissen nicht hier hätten studieren können

Aktionen:

- landesweit organisierte Demo
- Bildungstreik
- Boykott (der Gebühren)?
- Street Art, Straßenperformance
- Besetzung des Bildungsministerium
- Besetzungen
- Aktionen vor dem Regierungspräsidium
- Störaktionen
- Aktionen die aufzeigen: wo kommen diese Ideen her: koloniale Grundlage des

- Wissenschaftssystems (unklar inwiefern wir dieses Argument nach außen tragen können)
- kreativ künstlerische Aktionen (Flashmobs)
 - online Aktionen
 - Demos

5) offene Fragen

- Wo gehen die Gebühren hin?
- Wie viel wird derzeit ausgegeben und wie viel würde durch die Gebühren eingenommen werden? Reicht das überhaupt, für die Kompensation der 48 Millionen?

Sensibilisierung für von uns verwendete Begriffe, insbesondere der Begriff rassistisch. Es kam der deutliche Einwand, dass die Gebühren nicht rassistisch sind, sondern eine Diskriminierung aufgrund von Nationalität darstellen. Das ist ein Unterschied.

6) Reflexion der Moderation

- Schön, dass so viele Leute da waren, auch mit verschiedenen (politischen) Hintergründe
- wer möchte die Moderation die nächsten Male übernehmen. Rotationsprinzip? Brauchen wir immer Moderation bzw. Personen die Treffen vorbereiten?
- Es scheint sinnvoll zu sein das Treffen auf englisch zu machen (evtl. mit optionaler Übersetzung auf deutsch, bei speziellen Themen oder konkreten Schwierigkeiten)
- Redeliste war beim letzten Mal geplant, ging dann spontan unter, macht aber Sinn. Beim nächsten Mal wäre Redeliste top. Vorschlag: Quotierung nach Geschlecht und Erstredner*innen.